

Wie Jugendliche sich am Besten politisch
beteiligen können, wollen und sollen,
wägt Florian Dallmann ab.

Eventpartizipation contra Verbands muff



Florian Dallmann



Die Wuhlheide in Berlin brummt: 10.000 junge Menschen sitzen im Juni 2008 in Foren, Podien und Workshops. Als einer, der selbst dabei war, weiß ich: Weder die Konzerte, noch „Party“ standen im Vordergrund, sondern gesellschaftliches Engagement. Das belegt auch die Evaluation des Festivals. Ähnliche Eindrücke habe ich in den letzten Jahren öfter gewonnen, zum Beispiel beim Kirchentag oder auf dem „EVA“-Festival für evangelische Verantwortung in Dresden.

Vor einigen Jahren war es Mode, mit Blick auf solche Veranstaltungen die offenbar als provozierend empfundene Frage nach der „Partizipation“ zu stellen, also die Ernsthaftigkeit der Motivation junger Menschen bei solchen öffentlichkeitswirksam inszenierten Events anzuzweifeln. Zumindest was die jungen Menschen angeht, sind diese willens und in der Lage, sich politisch einzubringen, wenn sie Gelegenheit dazu bekommen - auch auf solchen Events.

Damit ist die Frage nach der „richtigen“ weil effizienten und zeitgemäßen Partizipation nicht beantwortet. Es bestehen erhebliche Differenzen zwischen den Klärungen, die in der politisch-pädagogischen Debatte mittlerweile erfolgt sind und dem, was davon in der Realität von Politik angekommen ist. Ein Event wie das „Festival für junge Politik“ begeistert junge Menschen, ist Gelegenheit zur Qualifizierung, Vernetzung und „Action“. Als solches wird es von jungen Menschen ernst genommen. Jugendliche bilden sich „ihre Meinung“ und kommen in Austausch mit PolitikerInnen. Das

heißt nicht, dass Jugendinteressen hier gebündelt, artikuliert oder gar gegenüber der Erwachsenenpolitik in relevanter Form zum Ausdruck gebracht werden würden.

Wesen der Demokratie

Ist das Gegenstück zur Eventpartizipation der „Verbands muff“? Dieser Begriff bezieht sich auf die struktur-basierte Partizipation, die in demokratisch legitimierten, repräsentativen Formen wie der Jugendarbeit stattfindet. Muff signalisiert: nicht-offen, alt, abgestanden, nicht-lebendig, nicht-spontan. Es entspricht dem Wesen der Demokratie, dass wichtige Entscheidungen ernsthaft, sorgfältig, formalisiert, im Rahmen klarer Kompetenzen und unter Nutzung vielfältiger Methoden der Komplexitätsreduzierung getroffen werden müssen. Wer möchte in einem Staat leben, wo sich zufällig ein paar hundert Interessierte im Reichstagsgebäude treffen, um „ganz spontan“ den Bundeshaushalt zu beschließen? Wer die Vorteile einer repräsentativen Demokratie will, muss auch ihre Nachteile akzeptieren. Der Wert der Verbandsstrukturen liegt eben weniger in ihrer Offenheit, Spontaneität oder darin, dass sie besonders „hip“ sind. Sie sind zunächst vielmehr unverzichtbar, um Interessen junger Menschen zu bündeln und gegenüber der Erwachsenenwelt kontinuierlich und effizient zu vertreten.



Verbands muff gibt es in Jugendverbänden jedoch nicht: Jugendliche stimmen mit den Füßen ab, und ein Verband der Muff produziert, überlebt nicht lange. Immerhin finden sich in den Jugendverbänden nach wie vor genügend junge Menschen, denen ihre Anliegen so wichtig sind, dass sie dafür sogar die weniger unterhaltsamen Teile freiwillig, unbezahlt und ohne große Karriereoptionen auf sich nehmen. Die Zahl dieser jungen Menschen sinkt in den Jugendverbänden übrigens – anders als in den Parteien – nicht.

Ergebnisse zählen

Weder „Eventpartizipation“ noch „Verbands muff“ sind ein Allheilmittel. Pädagogisch betrachtet gilt es, die richtige Partizipationsform für den richtigen Zweck zuzulassen oder zu initiieren und in großer Transparenz Jugendlichen klar zu machen, welche Chancen, Grenzen und Bedingungen mit ihrem jeweiligen Einsatz verbunden sind.

Die Frage nach der „richtigen“ Kinder- und Jugendbeteiligung wird jedoch immer weniger eine methodisch-fachliche, sondern immer mehr eine politische. Sie wird zu einer Frage nach ihren Ergebnissen. Sie gewinnt an Bedeutung in dem Maße, wie gesellschaftlicher Druck auf die junge Generation wächst. Denn Kinder, Jugendliche und junge Erwachsene sind zunehmend von den negativen Seiten der „Risikogesellschaft“ betroffen und reagieren auf Politik mit Misstrauen oder gar Ablehnung. Die erheblichen Benachteiligungen junger Menschen verlangen eine Neuorientierung in den Maßstäben, nach denen die unterschiedlichen Beteiligungsformen zu bewerten sind.

Eine Maßnahme der Kinder- und Jugendbeteiligung ist dann gut, wenn sie

- jungen Menschen durch Selbsttätigkeit ihre Einflussmöglichkeiten bewusst macht und erschließt.
- dabei den politischen Kernfragen unserer Gesellschaft nicht aus dem Weg geht, sondern diese in der Lebenswelt junger Menschen aufspürt. Dies sind die Fragen nach individuellen Chancen, nach Wert und Würde des/der Einzelnen und nach einer gerechten Gesellschaft.
- die Interessen junger Menschen in den harten Kämpfen um die Verteilung knapper Ressourcen auf allen Ebenen wirksam einbringt.
- die gemeinsamen Interessen der jungen Generation an der Sicherung einer Zukunft, deren Grundlagen heute gelegt werden, bei Entscheidungen als wesentlichen Faktor repräsentiert.

Strukturen lockern

Jugendverbände haben eine große Verantwortung, wenn es darum geht, den event-orientierten, spontanen und authentischen Partizipationsformen Halt, Richtung und Nachhaltigkeit zu geben. Sie können durch Trägerschaft, Unterstützung und Begleitung deren Missbrauch verhindern. Durch ihre politischen Strukturen können sie darüber hinaus Forderungen effizient und kontinuierlich in den „Politikbetrieb“ der Erwachsenenwelt vermitteln. Jugendverbände sollten über die gesellschaftliche Verantwortung hinaus stärker prüfen, wo sie ihre eigenen, teilweise sehr komplexen Strukturen durch direktere Formen ergänzen, auflockern und qualifizieren können. Der Stadtjugendring Freiburg etwa beweist, dass Jugendringarbeit und Jugendhilfeausschus-

svertretung mit dem Engagement junger Menschen und direkten Beteiligungsformen sehr wohl zu verbinden ist. Neue, direkte und offene Beteiligungsformen sind ein Mittel, frischen Wind in die politischen Strukturen der Jugendverbände zu bringen und Muff gar nicht erst aufkommen zu lassen.

Bei alledem gilt es, die wenigen „hart“ gesetzlich verbrieften Mitwirkungsrechte, die Berücksichtigung der Interessen junger Menschen noch am ehesten absichern, nachdrücklich zu verteidigen. Wie ernst Politik es mit der Berücksichtigung von Jugendinteressen meint, wird nicht durch Zahl, Größe oder Gestaltung von Partizipationsevents bestimmt. Wie viel ein Jugendhilfeausschuss bestimmen darf, sagt da schon mehr aus!

Florian Dallmann



info

Florian Dallmann

38 Jahre, Dipl.-Sozialarbeiter
Referent für Kinder- und Jugendpolitik in der Arbeitsgemeinschaft der Evangelischen Jugend Deutschland e.V. (aej) und stellv. Vorsitzender des Deutschen Bundesjugendrings (DBJR).